VR-08 GRÜNE Strukturen auf dem Land stärken (V-53, V-71 geeint)

Gremium:	KV Sächsische Schweiz-Osterzgebirge, Nadine Mai (KV Pinneberg)
Beschlussdatum:	11.10.2024
Tagesordnungspunkt:	VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

Bereits der Name unserer Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für zwei wichtige Grundsätze: Eine starke Ausrichtung auf Zusammenarbeit und Solidarität sowie das Bekenntnis zu unserem geeinten Deutschland. Wir haben uns zur Aufgabe gemacht, trotz großer Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Räumen gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, oder wie es die Bundestagsfraktion formuliert: „Wir wollen die zunehmende Kluft zwischen Stadt und Land überwinden und die strukturellen Unterschiede zwischen den Regionen abbauen." Diesen Satz wollen wir mit Leben füllen.

Strukturell und konzeptionell verteilt sich unsere Partei heute jedoch sehr unterschiedlich. Sie hat teils sehr starke Regionen und Wahlergebnisse, viele Neueintritte in wirtschaftsstarken Regionen und großen Städten. Dem gegenüber stehen im ländlichen Raum oft viele Einzelkämpfer*innen für unsere Partei ein. Besonders nach den letzten Kommunalwahlen und den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern mit einem teils dramatischen Rückgang der bündnisgrünen Wahlergebnisse müssen wir uns als Gesamtpartei der Frage stellen, wie wir in den kommenden Jahren an einer Verbesserung unserer Präsenz und Wirkkraft überall im Land arbeiten. Als solidarische und kämpferische Partei, die wir sind, müssen wir uns unterhaken und auch anerkennen, dass wir die Präsenz und Kommunikation unserer Politik in den ländlicheren Regionen verbessern müssen.

So muss die Sichtbarkeit für GRÜN auch in ländlichen Räumen möglichst permanent gewährleistet sein. Zudem muss in unseren politischen Programmen verstärkt die Lebensrealität der ländlichen Räume in den Fokus rücken, um den bereits vorhandenen (Demokratie-)Frust der Menschen hier abzubauen. Ihre Bedürfnisse werden zwar regelmäßig von der Politik artikuliert, jedoch ist dafür in den vergangenen Jahren abseits der Städte und Ballungsgebiete zu wenig passiert, egal ob es den Ausbau des ÖPNV, die Daseinsvorsorge oder die soziale Teilhabe betrifft.

Gerade außerhalb von Wahlkämpfen bedeutet dies konkret:

1. die Lebenswirklichkeit ländlicher Regionen und ihre Unterschiede zu städtischen Regionen anerkennen und programmatisch berücksichtigen;

2. Kampagnen zielgruppenspezifisch auf diese Bedürfnisse ausrichten;

3. organisatorisch, finanziell und personell die Orts- und Kreisverbände aus ländlichen Regionen gezielt stärken.

Zu 1. Die programmatischen Angebote bündnisgrüner Politik müssen ländliche Regionen mitdenken und realistische Angebote für die hier lebende Bevölkerung machen. So ist bspw. ein Deutschlandticket für Menschen in Regionen, in denen das einzige verfügbare öffentliche Verkehrsmittel der drei Mal werkstäglich

verkehrende Schulbus ist, kein sinnvolles Angebot. Ein weiteres Beispiel stellen Fragen der grundlegenden Daseinsvorsorge, wie der Gesundheitsvorsorge, dar. So sind bspw. notwendige Reformen der Krankenauslandschaft ohne neue Ideen und/oder Projekte der medizinischen Versorgung, losgelöst von Sektorengrenzen, in bereits unterversorgten – und häufig von älteren Menschen bewohnten – ländlichen Regionen nicht sinnvoll. Der Eindruck, dass bündnisgrüne Politik alleine für ein (groß-)städtisches Milieu gemacht wird, ist bereits vorhanden; dem gilt es, programmatisch klar entgegen zu wirken und die Ausdifferenzierung klar anzusprechen.

Zu 2. Aktionen und Kampagnen müssen die ländlichen Regionen ganzjährig und auch außerhalb der Wahlkampfsaison im Blick haben und sich stärker an deren ausdifferenzierteren Bedürfnissen orientieren. Um den unterschiedlichen Bedürfnisse der Regionen gerecht zu werden, muss die Basisarbeit unserer Partei verstärkt werden. Nur so können wir verstehen, welche Themen die Menschen bewegen und mit ihnen ins Gespräch kommen. Die Kampagnen müssen dieses Ziel unterstützen. Gleichzeitig braucht es die Präsenz Bündnisgrünen Spitzenpersonals auch abseits der Wahlkämpfe in der Fläche. Denn nur durch einen nachhaltigen Aufbau von Netzwerken, Knowhow und örtlicher Verankerung der Parteistrukturen schöpfen Menschen Vertrauen in unsere Arbeit. Den Mitgliedern, die hier unterteils prekären Bedingungen und in einem aufgeheizten Diskussionsklima für unsere Politik einstehen, müssen wir verlässlich und kräftig unter die Arme greifen und in eine gute und gleichmäßige Arbeit aller Parteiorgane investieren. Dafür braucht es einen neuen Aufbruch und das Bekenntnis der ganzen Partei, die kleineren Kreisverbände zu unterstützen.

Zu 3. Die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen zeigen sich auch in den organisatorischen, finanziellen und personellen Möglichkeiten der Orts- und Kreisverbände. Um die ländlichen Regionen in den Fokus bündnisgrüner Politik zu stellen, müssen die bündnisgrünen Strukturen in diesen Regionen deutlich gestärkt werden. Anstatt einer Basisfinanzierung, die an Mitgliederzahlen orientiert ist, müssen wir hin zu einer Finanzierung, die die konkreten Herausforderungen berücksichtigt und bessere Chancen für den politischen Dialog vor Ort ermöglicht. Gerade die kleineren Landes- und Kreisverbände stehen meist vor größeren Herausforderungen und sollten daher nicht für immer auf Sondertöpfe und Solifonds angewiesen sein. Daher müssen wir in gemeinsamer Verantwortung im ganzen Bundesgebiet eine sichere Basis für unsere politische Arbeit vor Ort stellen. Denn eine wirksame und nachhaltige politische Arbeit nur über die Einführung und Schaffung von mehr hauptamtlichen Stellen möglich, die die Kreisverbände unterstützen oder noch besser, direkt vor Ort angesiedelt werden. Zusätzlich braucht es konsequente Professionalisierung und die Übernahme von Aufgaben durch die Landesverbände: Bei Buchhaltung, Website, Materialorganisation und -verbreitung usw., damit sich die Kreisgeschäftsstellen auf die Kommunikation mit den Wähler*innen und den Mitgliedern konzentrieren können. Diese Arbeit muss durch gute Bezahlung und langfristige Absicherung zudem stärker wertgeschätzt werden. Die Kosten dafür müssen durch den Bundes- und die Landesverbände im solidarischen Verbund getragen werden, wobei mehr Geld bei weniger Mitgliedern zur Verfügung gestellt wird.

Zur Stärkung der bündnisgrünen Arbeit sollen daher

a) Im Haushalt 2025 kurzfristig ein Sonderbudget u.a. für den Bundestagswahlkampf sowie eine deutliche Erhöhung des Strukturfonds eingerichtet werden, damit die Landesverbände der strukturschwachen Bundesländer strukturelle Nachteile in ihren Geschäftsstellen und besonders in den Kreisverbänden durch mehr Personalkapazitäten, Materialkostenübernahme und Organisationshilfe ausgleichen können.

b) Es sollen zusätzlich feste organisatorische Mitarbeitende für die Vorbereitung, Organisation und Kommunikation von Veranstaltungsformaten und Wahlwerbung für die entsprechenden strukturschwachen Landesverbände in der Bundesgeschäftsstelle eingeplant werden.

c) Der Bundesvorstand, die organisatorische Geschäftsführung und der Bundesfinanzrat werden gebeten, bis zur nächsten Bundesdelegiertenversammlung einen Vorschlag zu einer neuen solidarischen Finanzierung der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu unterbreiten, die nicht nur an Mitgliederzahlen gekoppelt ist, sondern weitere Merkmale einbezieht und Strukturnachteile besser ausgleicht: Diese Kriterien könnten u.a. die Flächengröße der Kreise, die Fraktionsgröße in Kommunen und Landtag, Kommunikationsaufwand (u.a. bei hoher AfD-Präsenz vor Ort) sein. Dazu schlagen wir vor, dass alle Kreisverbände mit wenig Mitgliedern und in ländlichen Regionen finanziell in die Lage versetzt werden, eine Kreisgeschäftsstelle zu unterhalten und bei der Anstellung von hauptberuflichen Geschäftsführer*innen bezuschusst werden.

Begründung

Durch die Wahlergebnisse der letzten Kommunal- und Landtagswahlen haben viele Kreisverbände Ressourcen verloren. Sie machen deutlich, dass bündnisgrüne Positionen in ländlichen Regionen keine Mehrheiten mehr finden und teilweise nicht mehr existent sind. Die unzähligen Gespräche während dieser Wahlkämpfe zeigen, dass das bündnisgrüne Angebot für ländliche Regionen unzureichend ist und die Lebensrealität der Menschen nicht mehr abbildet. Der Zustand unserer bündnisgrünen Infrastruktur im Ländlichen Raum weist viele Parallelen zu allgemeinen infrastrukturellen Problemen in Deutschland auf. An vielen Stellen ist sie schlecht ausgebaut, unterbesetzt, unterfinanziert und dadurch marode. Es drohen wichtige Brücken der demokratischen Teilhabe einzubrechen.

Es braucht daher eine fundamentale Neuausrichtung der Unterstützung ländlicher Regionen und der Kommunikation unserer Botschaften, um die bündnisgrünen Ideen und Visionen direkt in die Gesellschaft zu tragen. Dies gilt umso mehr, wenn gerade kein Wahlkampf ist. Wir dürfen nicht anderen Akteuren die Erzählung über uns Bündnisgrüne überlassen, sondern müssen die Hoheit über unser kommunikatives Narrativ zurückgewinnen. Nur so können wir Ressentiments und offene Ablehnung bis hin zu Hass und Gewalt gegen uns eindämmen.

Viele Mitglieder sind im Jahr 2024 eingetreten, um aktiv den Kampf gegen Rechts und für Demokratie und Freiheit zu unterstützen. Sie möchten, dass wir uns mit ganzer Kraft gegen das Erstarken von rechtsnationalistischen und populistischen Parteien wenden. Viele haben sich in diesem Jahr schon selbst engagiert, haben besonders die Ostverbände im Wahlkampf durch Wahlkampfurlaub und Spenden unterstützt. Diesen Kampfgeist sollten wir auch in einer solidarischen Finanzierung und Strukturierung der Partei abbilden. Um die Herausforderungen der Bundestagswahl und einer weiteren politischen Basisarbeit vor Ort angehen zu können, braucht es jetzt kräftige Unterstützung für unsere Freund*innen: Denn positive Zukunftserzählungen brauchen Menschen vor Ort, die sie leben und für die eigene Region übersetzen. Gerade der ländliche Raum hat enorme Chancen für Innovationen sowie klimafreundliches und bezahlbares Leben. Mit einem Schub für Digitalisierung, der Leben und Arbeiten

auf dem Land ermöglicht. Einer Energiewende, die vor Ort gestaltet werden kann und sich im eigenen Portemonnaie bemerkbar macht und Möglichkeiten für regionale Wertschöpfung bietet. Nur mit dem ländlichen Raum und einem Bekenntnis zum Zusammenhalt zw. Stadt und Land können wir ein klimaneutrales, gerechtes Deutschland erreichen. Unsere Parteiorgane stehen in der Verantwortung, dies überall im Land zu verdeutlichen und einen Dialog darüber zu ermöglichen. Dafür braucht es Ressourcen und Mittel. Bitte stimmt dem Antrag zu!

weitere Antragsteller*innen

Tom Gürtler (KV Gotha); Matthias Kaiser (KV Gotha); Gerrit Dreier (KV Gotha); Pia Tischer (KV Gotha); Nele Marie Bär (KV Wartburgkreis/Stadt Eisenach); Christian Iltner (KV Hamburg-Mitte); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Gabriele Piachnow-Schmidt (KV Steinburg); Arnd Hemken (KV Pinneberg); Sören Lerke (KV Pinneberg); Klaudia Schumann (KV Schleswig-Flensburg); Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde); Michael Jahn (KV Esslingen); Erika von Kalben (KV Pinneberg); Katrin Stange (KV Pinneberg); Marcel Beutel (KV Ostholstein); Dietrich Herrmann (KV Dresden); Sandra Leiendecker (KV Rendsburg-Eckernförde); Carlos Manuel da Silva Costa Salgado (KV Wartburgkreis/Stadt Eisenach); sowie 31 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.